

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckerei u. Verwalt.: Drag II, Křižkova 15 • Tel. 2705, 3140, Nachdruck. (ab 11 Uhr) • 3355 • Postamt: 37544

12. Jahrgang.

Sonntag, 24. April 1932

Nr. 98.

Gefahr in Ostasien wächst.

Japanische Militaristen drohen. Schwere Kämpfe in der Mandchurei.

Moskau, 23. April. (Tag.) Die Moskauer Presse veröffentlicht eine Meldung aus Tokio folgenden Inhaltes: Das Kriegsministerium veröffentlichte eine Erklärung der Militärbehörden über die Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion. Die Erklärung stellt das Vorhandensein von Beziehungen zwischen der japanischen Armee und den Weingarden in der Mandchurei und weist darauf hin, daß sich die Militärbehörden von der These „Erhaltung des Friedens im Osten ohne freundschaftliche Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion unmöglich“ lassen lassen. Die japanischen Behörden, welche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Mandchurei ergreifen, heißt es in der Erklärung, beschließen nicht, Rechte oder Interessen der Sowjetunion zu verletzen.

Schwere Kämpfe, sind nach Meldungen aus Tokio, wieder zwischen japanischen Truppen und chinesischen Streitkräften, die sich gegen die neue Regierung in der Mandchurei wenden, ähnlich von Jünpeno ausgebrochen. Die japanischen Truppen sollen sich in einer sehr schwierigen Lage befinden, da ihre Gegner die Eisenbahnlinie in ihrem Rücken zerstört und den Rückzug abgeschnitten haben. 3000 Aufständische betreiben eine Abteilung Artilleriegeschütze und beschließen sich der Stadt Santschoko, die an der südlichen Abzweigung der ostchinesischen Eisenbahn gelegen ist. Die Aufständischen haben die Telegrafenleitung sowie die Bahnschienen beschädigt, so daß die Verbindung zwischen Charkow und Kiangschang unterbrochen ist.

Nach Blättermeldungen bedrohen Korea von Aufständischen, die gegen die neue mandchurische Regierung feindselig eingestellt sind, die ostchinesische Eisenbahn. In der Umgebung der Stadt Tschangschau südlich von Charkow sollen die Aufständischen japanische Staatsangehörige verschleppt haben. Aus diesem Grund wurde beschlossen, japanische Militärabteilungen dorthin zu entsenden.

Neue Verhandlungen Rußland-Polen-Rumänien?

Warschau, 23. April. Die „Gazeta Warszawska“ meldet, habe gestern der Außenminister im Außenministerium, Oberst Beck, mit dem Kommandanten Cwiklinski eine Besprechung über die Erneuerung der Verhandlungen wegen des Richtungsabkommens und der Ueberbrückung der sowjetisch-rumänischen Streitfragen. Am gleichen Tage fand in Genf zwischen dem Außenminister Jakszi und dem polnischen Kommissar Litwinski eine Beratung statt. Das polnische Blatt erklärt weiter, daß Tardieu vermutlich in Genf einen Empfang veranstalten wird, auf dem Jakszi, Litwinski und Tulescu zusammentreffen werden.

Wird man in Genf vorwärts kommen?

Vauanner Konferenz Mitte Juni?

Paris, 23. April. Ueber die gestrige Unterredung zwischen dem Reichsminister Dr. Brüning und dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu berichtet der Außenpolitiker des „Petit Parisien“ aus Genf, Tardieu habe nach der Unterredung erklärt, Brüning und er hätten keinen Besprechungs-Gegenstand ausgelassen. Er, Tardieu, habe noch niemals Gelegenheit gehabt, mit dem Reichsminister und mit dem Staatssekretär Bülow sich eingehend auszusprechen. Die jegliche Gelegenheit habe man benutzt, um die Deutschland und Frankreich gemeinsam interessierenden Fragen vorübergehen zu lassen.

Das Blatt berichtet im übrigen, daß hinsichtlich der Reparationen noch keine Entscheidung getroffen worden sei, weder über das Datum des Zusammentritts der Vauanner Konferenz, die nicht vor der zweiten Hälfte des Juni beginnen würde, noch über den Ort, obwohl die französische Regierung allerdings daran gedacht habe, als Vorsitzenden den Belgier Theunis vorzuschlagen. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ dagegen erklärt, die Vauanner Konferenz könne kaum später als am 16. Juni zusammenzutreten. Der Reichsminister habe heute abends eine längere Besprechung mit Macdonald,

Wahltag in Deutschland und Oesterreich.

In Deutschland wählen heute 35 Millionen.

Berlin, 23. April. Die Wahlkampagne, die im überwiegenden Teile des Deutschen Reiches bereits zwei Monate anhält, geht ihrem Ende entgegen.

Mit Hilfe der Tagespresse, mittels Plakaten, und mittels Flugzetteln, die von Automobilen aus in den Straßen verteilt und in riesigen Mengen von Flugzetteln aus abgeworfen werden, werden die letzten Argumente und die letzten Parolen unter die Wählerschaft geworfen. Der Kampf spielt sich auch mit Hilfe von Fahnen ab, die besonders in den Vorstadtvierteln aus den Fenstern und von den Dächern der Häuser in solcher Menge gehißt werden, daß sie den Gassen ein direkt feierliches Gepräge geben. Die notwendige Ergänzung des Stadtbildes vor den Wahlen bilden die Polizeipatrouillen, die zu zwei oder drei Mann, manchmal mit geschulterten Karabinern, überall die Gassen patrouillieren. Die blutigen Zusammenstöße in fast allen preussischen Städten, die besonders von den Nationalsozialisten und den Kommunisten veranlaßt wurden, machen starke Sicherheitsvorkehrungen notwendig. Durch die Wahlagitiation wurden breite Schichten der Bevölkerung geradezu fanatisiert.

Von der Propagandatätigkeit, welche die politischen Parteien zur Vorbereitung der morgigen Wahlen entwickelten, zeugt die große Zahl der öffentlichen Wählerversammlungen, die in den letzten zwei Wochen in Berlin allein abgehalten wurden; ihre Zahl beläuft sich auf insgesamt 1500. In den letzten Tagen entfielen durchschnittlich auf jeden Tag 175 öffentliche Wählerversammlungen. Die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten haben etwa je 250 Versammlungen veranstaltet. In großem Abstand folgen dann die Deutschnationalen mit 85 Versammlungen, das Zentrum und die Staatspartei.

Die bisherigen Länderparlamente.

Im Folgenden geben wir einen Überblick über die Regierungskoalition, die in den morgen zur Wahl stehenden Länderparlamenten zur Zeit bestehen, zur Verwertung bei der Erörterung der morgigen Wahlergebnisse.

1. Preußen. In Preußen regiert zur Zeit die Weimarer Koalition, die sich parlamentarisch auf 137 Sozialdemokraten, 71 Zentrumabge-

Ueberfall auf Otto Wels.

Nationalsozialistischer Banditenstreich.

Berlin, 23. April. (Eigenbericht.) Ein heftiger Angriff auf Otto Wels wurde heute in Köln von einer Bande von ungefähr zehn Hakenkreuzern unter Führung des Reichstagsabgeordneten Ley unternommen.

Wels hatte am Abend in einer großen Versammlung in Köln vor 30.000 Menschen gesprochen. Nach der Versammlung begab er sich mit einigen Freunden in das Hotel, in welchem er bei jedem seiner Besuche seit 1907 wohnt. Dort unterhielten sie sich bis gegen 2 Uhr morgens. Inzwischen hatte der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Ley, der mit einigen seiner Leute dort saß, telephonisch Hilfsstruppen herbeigerufen. Als Wels dem Ausgang widrirt, um in sein Zimmer zu gehen, wurde ihm gerufen: „Heil Hitler! Er drehte sich um, im gleichen Augenblick wurde auf ihn eingeschlagen. Wels erzählt, daß er sich mit dem auch Tardieu vor seiner Abreise nochmals zusammentraf.

Die „große Genfer Woche“ hat die französische Öffentlichkeit und Presse vollkommen befreit. Die Blätter geden ihrer Genehmigung Ausdruck, daß die Verhandlungen in der Abrüstungskonferenz erfolgreich fortzuschreiten und daß die persönlichen Besprechungen der „big five“ — der Vertreter der fünf Hauptmächte — sehr zur Klärung der Situation beigetragen haben, wenn sie auch keine definitive Lösung brachten, was ja schließlich angesichts der bevorstehenden Wahlen in einer Reihe von Staaten nicht zu erwarten gewesen war. Durchbesprochen wurden die Abrüstungs- und Repara-

ordnete und 22 Staatsparteiern, also zusammen auf 230 von insgesamt 450 Abgeordneten folgt.

2. Bayern. Die bayerische Regierungsfraction setzte sich bei Ausscheiden der Deutschnationalen aus 40 Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei, 15 des Bayerischen Bauernbundes, 11 Deutschnationalen und 4 Volksparteilern zusammen. Sie verfügte bei 113 Abgeordneten über 70 Sitze gegen 43 der Opposition. Nach dem Ausscheiden der Deutschnationalen sank diese Mehrheit auf 59 Regierungsanhänger gegenüber 54 oppositionellen Abgeordneten.

3. Württemberg. Der württembergische Landtag zählt 80 Abgeordnete. Den Regierungsparteien gehören 4 Deutschnationale, 15 Mitglieder des Bauern- und Weingärtnerbundes, 4 Mitglieder der Deutschen Volkspartei, 16 Zentrumabgeordnete und 8 Demokraten, also zusammen 47 Abgeordnete an.

4. Hamburg. Von den 160 Abgeordneten der Bürgerschaft stützt sich der gegenwärtige geschäftsführende Senat auf 46 Sozialdemokraten, 14 Staatsparteiern, 7 Volksparteilern und 2 Abgeordnete des Zentrums. Das sind zusammen 69 Abgeordnete. Hamburg hat also zur Zeit eine Minoritätsregierung.

5. Anhalt. Die anhaltische Regierung wird getragen von 15 Sozialdemokraten und 2 Staatsparteilern. Bei einer Gesamtzahl von 36 Abgeordneten stellt sie demnach ebenfalls eine Minoritätsregierung dar, deren Sturz wurde bisher dadurch vermieden, daß sich bei Mißtrauensanträgen die Kommunisten im allgemeinen der Stimme enthielten.

Wahlvorabend in Wien.

Wien, 23. April. (Eigenbericht.) Die Wahlbewegung hat mit den großen Fackelzügen der sozialdemokratischen Jugend heute abends ihr Ende erreicht. Die Fackelzüge, welche in allen Bezirken stattfanden, hatten sämtlich einen großen Umfang. Auch die Hakenkreuzler hatten im 13. Bezirk einen Fackelzug, von dem man Kravalle befürchtete, die aber bis zur Stunde ausgeblieben sind.

Dem morgigen Wahltag wird mit größter Spannung entgegengesehen. Die Polizei hat umfassende Schutzmaßnahmen getroffen. Ueber 6000 Polizisten haben den ganzen Tag Alarmbereitschaft.

an einem Tisch festhielt und sah, daß dem Polizeipräsidenten Bauknecht Blut über das Gesicht rann. Die Hakenkreuzler hatten ihm, als er zwischen die Angreifer und Wels trat, mit einer Fiasche so über den Kopf geschlagen, daß sie in Trümmer ging. Auf Wels wurde weiter losgeschlagen. Er erlitt eine Verletzung der Kehlkopftrachee und der Stimmbänder, welche einen Bluterguß zur Folge hatte. Die Polizei, welche alarmiert worden war, verhaftete Ley.

Wels hat heute eine Versammlung in Daffeldorf, wo er aber höchstens einige Worte sprechen kann und wird morgen nach Berlin zurückkehren.

Das Befinden des verletzten Polizeipräsidenten Bauknecht, der schwere Schnittwunden am Kopf davongetragen hat und sich in ärztlicher Behandlung befindet, ist den Umständen nach gut.

Hochverrats-Anlage gegen Goebbels.

Berlin, 23. April. Wie der „Abend“ meldet, hat der Oberreichsanwalt beim Reichsgericht gegen Dr. Goebbels Klage wegen Hochverratsverdacht beantragt.

Die Klage bezieht sich auf die von Goebbels im Zusammenhang mit dem Donauproblem, welches an der Spitze der Erörterungen steht.

„Temps“ glaubt nach der letzten Entwicklung der internationalen Ereignisse, daß sich die Perspektiven des Donauplans günstiger gestalten. Es ist verständlich — so schreibt das Blatt —, daß die Angelegenheit nicht nach der Londoner Konferenz auf einem erschütterten Boden erstarren konnte, da die Lage einiger Donauländer detart kritisch ist, daß sie die Großmächte nicht unbeachtet lassen können. Am meisten interessiert das Blatt der Standpunkt der Ungarn, die sich bei diesen Beratungen an die Seite der Vertreter der Kleinen Entente gestellt haben.

Lieferanten des Todes.

Die Tschechoslowakei, die offiziell bisher auf allen Abrüstungskonferenzen vertreten war, die letzte in Genf nicht ausgenommen, die auch selten eine Gelegenheit vorbeigehen läßt, ihren Willen zur Friedensbereitschaft zu manifestieren, hat ihrerseits die These von der „Abrüstung nach Sicherheit“ in einem erstaunlich hohen Maße verwirklicht. Sie trägt nicht allein durch das Beispiel des Volksverteidigungsministeriums, sondern auch durch die Rührigkeit ihrer Waffenindustrie dazu bei, daß auch andere Staaten in die Lage versetzt werden, sich vor den Gefahren des militärischen Pazifismus durch entsprechende Aufrüstung zu sichern.

Die dicken Bälge des statistischen Staatsamtes über den Außenhandel bringen neben zahlreichen weniger wichtigen Daten auch manches interessante Material über die Rüstungsindustrie der Tschechoslowakei. Wenn man da ein wenig blättert, kann man leicht errechnen, daß im Jahre 1930 für 23.260.000 Kronen Waffen und Munition in die Tschechoslowakei kamen, 5180 Meterzentner, das doppelte Quantum des Jahres 1929, in dem allerdings dieser Import auch nur einen Wert von 14 Millionen Kr erreichte.

Der Mehrbedarf an diesem kostbaren Handelsartikel ist durch die zunehmende Abrüstung zu erklären. Ähnliche Tendenzen scheinen auch in anderen Staaten am Werk zu sein. Was nämlich den Export von Waffen und Munition aus der Tschechoslowakei anlangt, so stieg der, nahezu proportional zunehmend, von 108.000.000 Kr im Jahre 1929 (Warengewicht 10.500 Zentner) auf 214.700.000 Kr (Warengewicht 24.700 Zentner) im Jahre 1930. Die tschechoslowakische Waffenindustrie hat also nicht nur für die Erhöhung der Landesicherheit Sorge getragen und sich hierbei, wie wir sehen, auch von den verwandten Industrien des Auslandsunterstützen lassen, sondern gleichzeitig auch ihre Tätigkeit darauf gerichtet, durch die Lieferung nachbarlicher und fernliegender Staaten diese Sicherheit zu gefährden, damit sie im nächsten Jahre einer um so größeren Festigung bedürfte.

Dabei haben ihr die benachbarten und entferntesten Staaten in einer mehr oder minder großzügigen Weise geholfen. An erster Stelle steht hier das bisfremde Jugoslawien, das 1929 für 23 Millionen Kr, 1930 für fast 104 Millionen Kr Waffen und Munition bezog. Dann folgt Belgien: Der Beweis, daß es auch diesen zweig öffentlichen Verwaltung modernisierte, kostete dieses Land im Jahre 1929 35 Millionen Kr. Ihm folgt China, das mit seiner 7-Millionenbestellung im Jahre 1929 nicht reichte und 1930 um 30 Millionen Kr bezog. Die bekannten Ereignisse dürften eine weitere Steigerung in den Handelsbeziehungen der Tschechoslowakei nach China mit sich gebracht haben — darüber werden wir in der nächstjährigen Statistik lesen. Der Partner in diesem edlen Streit, Japan, hat im Jahre 1930 für direkte Waffenaufträge nicht mehr als eine halbe Million an die Tschechoslowakei gezahlt — so ist trotz aller Dementis in der Statistik zu lesen. Aber es gibt da zwei Posten der Verschiffung von Munition und Waffen über Triest und Hamburg — Wert 33 Millionen — höchst verdächtig! Sparsamer wurde Polen, das seinen 27-Millionen-Auftrag von 1929 im Jahre 1930 auf eine halbe Million reduzierte hat. Einige anonyme südamerikanische Republiken liquidierten der Tschechoslowakei 1929 für Gewehre, Patronen und ähnliches 2,5 Millionen und reduzierten 1930 auf 1,5, da die Nachfrage in Revolutionen nachließ. Dagegen vorausgabte das nachbarliche Rumänien zur Stärkung der Kleinen Entente im Jahre 1930 2.300.000 Kr.

Oesterreichs Bestellungen schwanken zwischen 870.000 und 700.000, Deutsch-

Land verstringierte von einer Million auf 200.000, während die friedliche Schweiz für ihre Schützenfeste und verwandte Festivitäten sich für nahezu 2 Millionen eindeckte. Kolumbien, wo der Völkerverbund nicht seinen Sitz hat, mußte bare 4,5 Millionen opfern. Für den Import ausländischer Waffen und Munition zahlte die Tschechoslowakei außerdem an Zöllen: 2.439.000 Kč im Jahre 1929, mehr als das Doppelte, 5.500.000 Kč im Jahre 1930.

Diese erfreuliche Statistik erfährt, wie schon erwähnt, mit Waffen (Gewehr- und Stützgewehren, Geschütze und Lafetten, Handgranaten, automatische Gewehre und Revolver) und Munition (Geschosshülsen und Geschosse, Munition der verschiedensten Art). Aus der publizierten Statistik nur schwer feststellbar ist der Absatz an Flugzeugen für militärische Zwecke, Stachelbrath, Panzerautos, Tanks, Giftgas usw. Tanks z. B. finden sich in einer Tankengruppe mit friedlichen Zisternen und Tankwagen für Oel. Bei den Import- und Exportziffern der Flugzeuge läßt sich nicht feststellen, ob es sich um Ware zu militärischen Zwecken handelt. Auch die chemischen Kriegsmittel sind etwas versteckt fätiert. Immerhin kann festgestellt werden, daß Phosphor und Blausäure importiert werden, daß die Preise von 140 Kč pro Zentner im Jahre 1928 auf 367 Kč im Jahre 1929 gestiegen sind und daß der Umsatz in diesen Artikeln annähernd eine Viertelmillion pro Jahr beträgt.

Einige interessante Spezialziffern mögen nicht verheimlicht werden: Im Rahmen des Waffenimports wurden 1930 vor allem Geschütze und Geschützteile eingeführt: 2233 Zentner für 6 Millionen Kč. An zweiter Stelle stehen „fertige Handfeuerwaffen“ für drei Millionen, Handgranaten für eine Million, Exportiert wurden für nahezu 100 Millionen „Handfeuerwaffen“, für 23 Millionen Geschütze.

Man sieht, daß hier wie in manchen anderen Staaten ein Wirtschaftszweig die Waffen liefert, mit denen er morgen selbst zerstört werden kann. Aber nicht nur er allein. Auch jener Teil von Wirtschaft und Volksleben, den dieser agile Sektor unserer Produktion jetzt nicht berührt und der sich deshalb um ihn nicht kümmert. Der lebt sein Eigenes und erzeugt den Tod, am laufenden Band. Ein kleiner Ausschnitt: Allgemeine Ausrüstung, damit allgemeine Sicherheit herrscht. Das Perpetuum mobile des Weltwahnstums.

Perpetuum mobile? Die Gelehrten sagen, daß es das nicht gibt. Jemandem bleibt es schließlich immer stehen.

Hunderte falsche Kreuzer-Gesellschaften.

Stockholm, 23. April.
Eine besondere Abteilung der Kreuzerkommission hat sich damit beschäftigt, Arbeit über die zahlreichen von Kreuzer in den verschiedenen Teilen der Welt gegründeten Tochtergesellschaften zu schaffen. Da nur ganz wenige dieser Gesellschaften in den Büchern oder Aufzeichnungen Kreuzers zu finden sind, hat sich die Arbeit außerordentlich schwierig gestaltet. Bisher sollen zwar mehr als 400 Tochtergesellschaften festgestellt worden sein, man glaubt aber, daß man noch Hunderte solcher Gesellschaften auf der Welt entdecken werde, die innerhalb des Konzerns und unter der persönlichen Leitung Kreuzers ein mehr oder weniger Scheinbares Dasein geführt haben.

Von der Schönheit im Kriege.

Die Geschichte eines Deutsch-Russischen.
Von Hans Honheiser.

Jeht Jahre, nachdem im Weltkrieg der letzte Schuß gefallen...

An dem Klang seiner Stimme merkt man es, daß Professor Klingenthal, der im fünften Jahrgang des Realgymnasiums „Deutsch“ vortrug, mit dem Herzen bei der Sache ist. Manchmal lächelt er ein wenig, manchmal senkt er die Augenlider, als ob er etwas dunkles in sich zu verbergen. Manchmal aber raucht die etwas dunkle Stimme im Eifer auf, fließt breit und wohlklingend dahin, daß man im Hören die Augen schließen möchte, gefangen von der Melodie der Worte, die dem scharfschnittigen Munde entströmen, und die Person vergißt, die man vor sich hat, den „Hinter“.

Professor Gottfried Klingenthal ist ein Stiefkind der Natur. Nicht so sehr, daß er als „Gezeichnet“ zum Spott der Mitschüler herabgelassen müßte; aber immerhin: er hat von Geburt an etwas kürzeres linkes Bein mitgebracht. Das macht ihn zum „Hinter“ und hat ihn trotz seines begeisterten Charakters für das „Stahlbad der Völker“ dauernd kriegsdienstuntauglich gemacht. Drum hat er auch den Krieg immer nur in seinen aufgereizten Phantasien gesehen und ist von allen seinen Grenzüberschreitungen geblieben.

Das spricht sich auch heute in seinen Worten aus, unbetont, aber doch für alle verständlich, die den Mann kennen.

Genosse Heeger in der Wehrdebatte:

Der erste Schritt zur Abrüstung.

In der Wehrdebatte im Parlament anlässlich der Beratung der Dienstzeitverabreichung hat, wie wir bereits kurz berichteten, Genosse Heeger eine wirkungsvolle Rede gehalten, aus der wir nachfolgend einen knappen Auszug bringen.

Genosse Heeger verwies einleitend auf die gegenwärtige Lage der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes. Wir haben nie ein Wohl daraus gemacht, daß der Völkerbund in seiner heutigen Zusammensetzung kaum instande sein wird, die Frage der Abrüstung zu lösen, und daß die Hoffnungen auf diese Konferenz nach den bisherigen Erfahrungen nicht allzu hoch angelegt werden dürfen. Trotz aller schönen Reden über den Willen zur Abrüstung war das Resultat bisher gleich Null, trotzdem nicht nur die antimilitaristischen Parteien, sondern auch hervorragende Militärsachleute darauf verwiesen,

daß das stehende Heer in einem künftigen Krieg in unserem Zeitalter der Technik keinesfalls die Bedeutung haben kann, die man ihm heute noch beimißt. Das Objekt des Zukunftskrieges wird nicht mehr die Mannschaft in den Schützengräben sein, nicht die ausgerüsteten Soldaten werden die Entscheidung fällen, sondern die Techniker, die Chemiker und die Professionsisten.

Es ist deshalb anzufassen, daß man immer noch trotz der ungeheuren finanziellen Belastung an den stehenden Heeren festhält. Unsere Diplomaten bringen mitunter durch ein Lippenbekenntnis zum Ausdruck, daß auch sie für die Abrüstung eintreten, wenn die notwendigen „Sicherheiten“ gegeben sind. Im militärischen Sinne bedeutet „Sicherheit“ natürlich „Rüsten“. Unserer Auffassung nach ist aber die beste Sicherheit die vollständige Abrüstung, und diese Frage gewinnt, namentlich heute in dieser schweren Krise, immer mehr an Bedeutung, weil dann ungeheure Mittel frei würden, die besser der Bekämpfung der Wirtschaftskrise zugeführt werden könnten.

Wir Sozialdemokraten haben unsere Forderungen zur Abrüstungskonferenz, auch international klar formuliert; so hat unser Kongreß in Wien in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß endlich das den Völkern gegebene feierliche Abrüstungsversprechen eingelöst werden müsse und daß die Abrüstung bei voller Gleichheit der Sieger wie der Besiegten vor sich gehen muß. Wir fordern grundsätzlich eine wesentliche sofortige und allgemeine Herabsetzung der Rüstungen, die alle Zweige der Rüstungen, der Waffenproduktion und des Waffenhandels, umfassen muß. Die vollständige Abrüstung kann nur verwirklicht werden durch die gemeinsamen energiegelassen Lehren der organisierten internationalen Arbeiterklasse!

Es ist das erste Mal seit dem Bestande der Tschechoslowakei, daß in der heutigen Vorlage der Versuch unternommen wird, an den Militärlasten etwas abzubauen. Die Vorlage bedeutet

die Erfüllung einer Teillorderung, aber auch die Einlösung eines wiederholt gegebenen Regierungsversprechens und die Herstellung des Zustandes, der schon im Jahre 1926 automatisch auf Grund des bestehenden Wehrgesetzes hätte in Kraft treten müssen, wenn nicht der Bürgerkrieg damals die achtzehnmönatige Dienstzeit weiter auf unbestimmte Zeit verlängert hätte.

Die Militärverwaltung hatte damals und auch heute wieder eine ganze Reihe von Vorbedingungen für die Herabsetzung der Dienstzeit gestellt. Damals spielte auch die vormilitärische Jugendberziehung darin eine große Rolle. Auch jetzt haben sich das Ministerium wie der Generalstab gegen die Herabsetzung der Dienstzeit mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln und Einwürfen getraut. Wenn durch sie tatsächlich die

Schlagkraft der Armee gefährdet“ würde, dann müssen eigentlich alle anderen Armeen mit einer kürzeren Dienstzeit zu nichts taugen. Wenn wir bedenken, daß gerade der Weltkrieg zum Großteil mit fast unangebildeten Soldaten geführt wurde, so ist damit allein schon der Standpunkt der Militärverwaltung widerlegt. Ich will auch von vornherein feststellen, daß wir der Begründung des Referenten hinsichtlich der „Gefahren“, die uns ringsherum drohen sollen, nicht zustimmen; das war eine persönliche Meinung des Herrn Referenten, aber keineswegs die Ansicht aller Koalitionsparteien, wie Herr Kallina annahm.

Die Heeresorganisation ist in den europäischen Ländern sehr verschieden. Wir haben freiwilligenheere in Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, wir haben Rahmenformationen, wie in Dänemark usw., wo die Rekruten höchstens 92 bis 90 Tage dienen. Das Militärsystem in der Schweiz ist sicherlich die höchste Form der Wehrorganisation, und es werden in der Schweiz sicher nicht die schlechtesten Soldaten vorhanden sein; die Dienstzeit beträgt aber dort ganze 90 bis 90 Tage! Schließlich kommt Frankreich, das uns als Vorbild dient, in seinem stehenden Heer mit einer einjährigen Dienstzeit aus! Die Begründung unseres Generallstabes, daß die Ausbildung der Truppen durch die Dienstzeitverlängerung „gefährdet“ sei, ist also durch diese Tatsachen widerlegt.

Genosse Heeger: Wir sind also viel weniger intelligent als die anderen! (Gelächter.)

Heeger: Als weitere Vorbedingung hat der Minister seinerzeit die Schaffung eines Rodels von 5000 längerdienenden Unteroffizieren hingestellt. Auf einmal kommt er und erklärt, es müsse diese Zahl auf 12.000 erhöht werden und erst dann würden sämtliche Nachteile der Dienstzeitverlängerung wieder wettgemacht sein. Das ist aber auch militärisch nicht haltbar. Zur Ausbildung der Mannschaft können und müssen doch neben den längerdienenden auch die Offiziere und die aktiven Unteroffiziere des Präsenzdienstes herangezogen werden!

Wir haben doch neben den 5000 längerdienenden auch noch 9488 Offiziere, 16.920 aktive Unteroffiziere und 8320 Reservisten und Führer. Diese müßten doch ohne weitere Erhöhung der Zahl der längerdienenden für die Abrüstung der Rekruten genügen. Es ist doch nicht notwendig, daß schon auf zwei bis drei Mann ein Vorgesetzter komme!

Der Herr Minister und die Herren vom Generalstab haben die Dienstzeitverlängerung auch noch mit einer Reihe anderer angeblicher Forderungen verknüpft und die Herren von der Opposition haben daraus den Schluß gezogen, daß somit die Vorlage eher noch mit einer Erhöhung der militärischen Ausgaben verbunden sein wird. Es handelt sich außer der Vervollständigung der längerdienenden hauptsächlich um den Bau neuer Kasernen, Schieß- und Exerzierplätze. Aber sind dies nicht seit jeher die Forderungen der Heeresverwaltung, auch als von einer Dienstzeitverlängerung noch, nicht die Rede war?

Aber selbst dann, wenn die Herabsetzung der Dienstzeit mit keinem Abbau der bestehenden Militärlasten verbunden wäre, so wäre dies trotzdem ein ungeheurer Erfolg und Fortschritt, für den die Wehrpflichtigen und deren Angehörige sicher mehr Verständnis aufbringen werden, als die Herren hier, die unbedingt nach einem Angriffspunkt für ihre Kritik suchen, um diesen unseren zweifellosen Erfolg herabsetzen zu können.

Könnte denn überdies der Verteidigungsminister alle die Ausgaben für diese neuen Vor-

berungen auf eigene Faust machen? Sie müßten ja doch erst wieder vom Parlament bewilligt werden. Die feinerzeitliche Dienstzeitverlängerung von 24 auf 18 Monate hat 127 Millionen erspart; etwas Ähnliches sollte auf einmal vollständig unmöglich sein? Es werden also sicher viele von den aufgeregten Bedenken meiner Heeresgenossen nach nicht zutreffen.

Getrübt wird unser Erfolg in dieser Frage allerdings durch die Erhöhung des Kontingents von 70.000 auf 75.000 Mann, die wir in Kauf zu nehmen gezwungen waren. Aber auch diese Erhöhung hängt von der Zustimmung der Gesamtregierung ab und auch da wird man erst die Auswirkungen abwägen müssen.

Unseren Bemühungen ist es auch zuzuschreiben, daß die Dienstzeitverlängerung auch jenen zugute kommt, die seinerzeit aus Christengründen einen Aufschub bis 1933 oder später erhalten haben. Eine weitere nicht zu unterschätzende Bestimmung betrifft die nachträgliche Einreichung der bereits aktiv dienenden Soldaten in die Ersatzliste, wenn hierfür ernste Gründe vorliegen. Endlich haben die koalitierten Parteien in Resolutionen noch eine weitere Reihe von Forderungen aufgestellt, für deren Erfüllung eingutretten der Wehrausschuß Gelegenheit haben wird.

Dem Herrn Kollegen Kallina gegenüber muß ich wohl darauf hinweisen, daß unsere Macht in der Regierung eben nur unserer politischen Stärke entspricht, daß es aber keineswegs von unserer Willen abhängt, alles durchzuführen, was wir nur wollen.

Gerade die Partei des Herrn Kallina hat in Deutschland für die Abrüstung eine ganz andere Stellung eingenommen und auch die Augenbrauen für eine gewaltige Aufrüstung und unterhalten alle militärischen Bestrebungen.

Abgeordneter Dörny: Im Nationalstaat! Heeger: Dem anderen Staat billigen. Sie das nicht zu?

Abgeordneter Dörny: Das ist ein Nationalistat!

Heeger: Ein Nationalistat! das ist also keine Wehrreform!

Genosse Heeger: Was das alle Oesterreich nicht ein Nationalistat!

Heeger: Sehr richtig! Dort waren gerade Sie (zu Dörny) die Stiefelweidspatrioten, die den Militarismus als die höchste Aufgabe betrachten! Wir Sozialdemokraten sind aber grundsätzliche Gegner des Militarismus ohne Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit. Wir kennen nur den Militarismus als solchen und dem gilt unser Kampf!

Es mutet aber sehr sonderbar an, wenn wiederum Herr Kollege Döhlinger erklärt, es müsse Aufgabe aller ersten Parteien sein, den Aufbau der Militärlasten zu betreiben, wenn seinerzeit seine eigene Partei im Bürgerkrieg den Militarismus stabilisiert und für elf Jahre den Rückgangsfonds bewilligt hat. Sie haben damals durch Schaffung des Ersatzwesens den Präsenzdienst erhöht und die Dienstzeitverlängerung unmöglich gemacht. Auf einmal aber will Herr Döhlinger die heutige Dienstzeitverlängerung auf die „Vorarbeit“ der Christlichsozialen zurückführen. Herr Kollege Kallina hingegen hat anerkennend seit den Verhandlungen im Wehrausschuß doch etwas hinzugefügt, denn damals wollte er grundsätzlich dieses Gesetz ablehnen, während er heute immerhin erklärt hat, für den ersten Teil der Vorlage stimmen zu wollen.

Ich wiederhole: Dieses Gesetz ist nichts anderes, als das Spiegelbild der heutigen politischen Machtverhältnisse. Trotz der engeren Mängel ist es angeht die Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich der Verwirklichung dieser Vorlage entgegenstellen haben und die nun überwunden werden, ein Erfolg der Arbeit der sozialdemokratischen Parteien innerhalb der Koalition.

Wir werden auch in Zukunft unsere Grundlagen geben nicht nur für die Abrüstung, sondern auch für die Herabsetzung der militärischen Ausgaben in diesem Staat werden. (Beifall.)

„Von der Schönheit im Kriege“ spricht er; das ist das Aufnahmestadium, das er seinen Schülern gestellt hat.

„Man muß nur den Mut haben, der landläufigen Meinung das eigene Empfinden entgegenzusetzen. Damit sollen die Jüden, mit denen Mithras den blauen Schild des Krieges begeistert haben, nicht gelehrt werden. Aber was sollen diese Sprüher vom Abschaum der Menschheit heißen, gegen die Schönheit, die uns den Krieg, wenn nicht liebgemacht, so doch in seiner unermesslichen Großartigkeit erleben ließ. — Nein, nein, ich sage nicht jüdisch. Aber lassen sie einmal das Bild eines im Ringen der beiden Armeen zerhackten Dorfes vor sich aufsteigen, das nun mit seinen jügelnden Flammen den Nachthimmel rötet. Wer muß da nicht unwillkürlich an Nero denken, der angesichts der brennenden Stadt Rom in ein begeistertes Preislied ausbrach. — In diesem Augenblick war er sicher nicht Schauspieler, der seinen Zuschauern Stimmungen vorkaufte, die er nicht gehabt hätte.“

„Oder denken Sie an den Springquell von Steinen und Erde, den die einschlagende Granate hoch empor schleudert. Wahrhaftig ein Bild, wie es uns eben nur der Krieg geben kann. Dann — das Band der Leuchtröhren, das sich über das dunkelnde Feld zieht, das die nachtschwarzen Kluppen des Gebirgszuges, dem sich die Front nachzieht, immer aufs Neue aufsteigend vom Nachthimmel abzeichnet und vor dem die lichtschwachen Sternchen schamig erbläuen müssen. Oder denken Sie —“

„Ach man könnte der Beispiele immer noch mehr — zu hundertem könnte man sie anführen, wenn man dadurch nicht fürchten müßte, das Augenmerk von dem wichtigsten abzulenkten, was

zugunsten des Krieges gebucht werden muß. Nein, nicht das Landschaftsbild allein singt das Schicksal des Krieges. War es nicht erbebend, wie sich zu Kriegsbeginn ein ganzes Volk zusammenschloß; erbebend, wie ein Mann; war es nicht erbebend, wie wortlos Leben und Blut auf dem Altar des Vaterlandes aufgeopfert wurde, in dem erbebenden Bewußtsein, daß der Tod des Einzelnen das Leben der Volksgemeinschaft ist. Dieses Ansehen eines ganzen, großen Volkes in Opferbereitschaft und Hingabe an etwas Größeres, als es schände Selbstsucht ist — kann sie durch anderes aufgelöst werden, als eben den Krieg? Und die Vertiefung des Lebensgeföhles, das die Nähe des Todes in jedem Herzen wachsen ließ — all das vergessen Sie nicht, wenn Sie von der Schönheit im Kriege schreiben.“

Professor Klingenthal schwieg, wie um seinen Worten Zeit zu geben, auf seine Zuhörer zu wirken. Und dann schloß er:

„Alle Welt macht heute in „Frieden“. Friedensschalmeien schlafeln uns ein und werden uns wieder. Die Staatsmänner mühen sich, den Krieg aus dem Leben der Völker zu bannen. Wenn — nun wenn der Krieg nicht doch stärker wäre, als alle ihre verlogenen Redereien. Haben wir den Mut zur Wahrhaftigkeit und suchen wir die Schönheit dort, wo sie zu finden ist, gepaart mit Größe und Kraft, die uns der Krieg wieder zum Bewußtsein bringt, trotz aller Friedensverträge, die einmal der Weiswille in alle Winde zerstreuen wird, als wertlose Fetzen Papier.“

Professor Klingenthal hält aufatmend inne. Ein großer Schweigetrophen rinnt ihm über die Stirn, den er mit seiner Hand rasch fortwischt. Dann gleiten seine Finger herab bis auf den Kragenausschlag, auf dem sie spielend liegen

bleiben. Leicht, wie verschwiegen haben sie den. An seiner Unterseite glänzt eine Hofenkreuznadel, an der seine Finger wie lieblosend verweilen. Ein Sonnenstrahl bricht durch das Fenster, vergoldet des Professors Gesicht, daß es wie verklärt zu seinen Schülern herabblitzt.

Kallis Kopf ist benommen. Wie ein Rad gehen des Professors Worte in ihm herum. Wie im Traum geht sie heim.

Wohl ist sie noch ein halbes Kind, kaum sechzehn Jahre zählt sie. Aber das fühlt sie deutlich: Der Krieg hat keine Sonne in ihr junges Leben gebracht. Im Widerspruch der Empfindungen lehnt sich ihr Herz gegen die Worte des Professors auf, die manchmal wie Keulenstöße auf ihren Kopf fallen, manchmal ein bitteres Gefühl, scharf, wie der Geschmack einer Säure in ihrem Munde heraufsteigen.

„Von der Schönheit im Kriege!“

Sie lacht fast hell auf, als sie so in Gedanken zwischen die Säulenzeilen hindurch ihrem Heim zuschreitet.

„Von der Schönheit —“

Sie weiß kein Wort für die Mutter, die mit ihrer Härtheit beschäftigt in der Küche sitzt. Sie löst die Felle und überbrüht, die diese vor sie hinsteht. Nur ein paar mal wühlen ihre Hände, wie im Krampf im Tisch. Dann steht sie mit abweisendem Gesicht auf und geht ins Zimmer.

Dort legt sie ein Buch auf den Tisch und läßt sich dann schwer auf einen Stuhl nieder.

„Von der Schönheit im Kriege —“

(Fortsetzung folgt.)

Gemeinsame Konferenz der SWJ. und des IGB. für die Abrüstung.

An dem Aktionsprogramm für die Abrüstung, das die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund im Sommer 1931 beschlossen haben, wurde eine von beiden Organisationen gemeinsam einberufene Konferenz für jenen Zeitpunkt in Aussicht genommen, was bereits eine gewisse Klärung über die Situation in den Verhandlungen der Genfer offiziellen Abrüstungskonferenz eingetreten sei. In Ausführung dieser Beschlüsse, hat nun die S. A. J. und der I. G. B. diese gemeinsame Konferenz für den 22. und 23. Mai 1932 einberufen.

Die Konferenz wird in Zürich im großen Saal des neuen Volkshauses (Vimathaus) tagen; die Verhandlungen der Plenarsitzungen sind öffentlich. Sie werden eingeleitet durch Resolutionen von Louis de Broca (Brüssel) und Jean Jouhaux (Paris) über den Stand der Arbeiten der Abrüstungskonferenz und über den Kampf gegen die kapitalistische Rüstungsindustrie und den Waffenhandel.

Zur Teilnahme an der Konferenz sind eingeladen:

- Von Seiten der S. A. J.:
 - a) Die der S. A. J. angeschlossenen Parteien. Jede Partei hat im Maximum das Recht auf dreimal soviel Vertreter als sie Mitglieder in der Exekutive der S. A. J. besitzt. Unter diesen sollen von den Parteivorständen nach Möglichkeit auch Vertreter der parlamentarischen Fraktionen und der Parteipresse entsendet werden. Die Mitglieder der Exekutive sind in der Maximalzahl der Vertreter inbegriffen. Jede Partei hat das Recht auf mindestens einen Vertreter.
 - b) Die Mitglieder des Internationalen Frauenkomitees der S. A. J.
 - c) Die Mitglieder des Bureau der Sozialistischen Jugend-Internationale.
- Von Seiten der I. G. B.:
 - a) Der Vorstand.
 - b) Die Landeszentralen. (Näher den Ausschussmitgliedern können weitere Delegierte entsendet werden.)
 - c) Die Internationalen Berufssekretariate.
 - d) Das Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee.
 - e) Das Internationale Gewerkschaftliche Komitee für Jugend- und Bildungsfragen.

Die Anmeldungen für die Teilnahme an der Konferenz sind möglichst rechtzeitig spätestens bis 15. Mai, an das Sekretariat der S. A. J. in Zürich, bzw. an das Sekretariat der I. G. B. in Berlin zu richten.

Widerruf der Volkzeitungen.

Brüx, 23. April. (Eigendbericht.) Heute fand vor dem hiesigen Schöffengericht (Voritz Ober-Bezirksrat Dr. Elich) die Hauptverhandlung in dem Prozesse statt, den die Redaktion des „Sozialdemokrat“ sowie die deutschen sozialdemokratischen Mitglieder des Saazer Bezirksausschusses Gen. Schön und Tšapa gegen den verantwortlichen Redakteur der Volkzeitungen, Herrn Wildgaisch, überreicht haben. Gegenstand des Prozesses sind Artikel, in denen dem „Sozialdemokrat“, respektive den deutschen sozialdemokratischen Sekretären im Saazer Bezirksausschuss vorgeworfen war, sie hätten eine Saazer Firma zum Anfertigen im „Sozialdemokrat“ unter dem Hinweis darauf zu veranlassen versucht, daß dies eine Begünstigung bei der Vergabe eines Heimlichen Hauses verschaffen würde.

Im Vorverfahren hatte Herr Wildgaisch für diese seine Behauptung den Wahrheitsbeweis zu führen versucht. Mit welchem Erfolge zeigte sich heute. Bei der Verhandlung waren die Anwälte Schön und Tšapa mit ihrem Anwalte Dr. Zowisch, der Angeklagte Wildgaisch mit seinem Verteidiger Dr. Bandler erschienen. Nach vorläufiger in die Verhandlung erklärte der Verteidiger die Vereinbarkeit zum Widerruf der Behauptungen. Nach längeren Verhandlungen mußte sich Herr Wildgaisch verpflichten, die nachstehende Erklärung in drei Zeitungen zu veröffentlichen und die gesamten, recht namhaften Prozesskosten zu zahlen.

Die Erklärung, zu deren Abgabe die Volkspresse veranlaßt worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Erklärung.

In unserem Blatte vom 14. und 17. Juli 1931 haben wir Artikel unter der Überschrift „Dem Sozialdemokrat ins Stammbuch — Unternehmerblätter für die sozialdemokr. Presse“ veröffentlicht.

Wir erklären, daß wir die sozialdemokratischen Bezirksausschussmitglieder des Bezirkes Saaz, die Herren Franz Schön und Oly Tšapa, keineswegs wie immer gearteten unehrenhaften oder unkorrekten Handlungswesen beschuldigen können, insbesondere nicht dessen, daß sie ihre Stellung als Mitglieder des Bezirksausschusses dazu benutzten hätten, um der sozialdemokratischen Presse Inserate zu verschaffen.

Im Zusammenhange mit den erwähnten Behauptungen haben wir auch gegen den „Sozialdemokrat“ Angriffe erhoben, welche wir hiezu gleichfalls als unbegründet und den Tatsachen nicht entsprechend widerrufen.

Die Redaktion der Blätter des Volksposters.

Der Bergarbeiter „streik“ in Nordwestböhmen.

Die Taktik der irren Gewerkschaften.

Streik ist eigentlich nicht der richtige Ausdruck. Tatsache ist, daß das ganze nordwestböhmisches Braunkohlenrevier zur Arbeitseinstellung gezwungen wurde. Weder eine Organisation, noch eine Konferenz oder eine Belegschaft hat den „Streik“ beschlossen. Die Bergarbeiter wurden durch Terror auf den meisten Gruben zur Arbeitseinstellung gezwungen, ohne daß sie wußten, um was es geht. Wenn es auch wahr ist, daß die verbrecherische kommunistische Streikpropaganda mit ihren Methoden des Terrors und der Gewalt einen Erfolg erzielt hat, so darf andererseits doch nicht verschwiegen werden, daß dieser Erfolg nur möglich war, weil die Lage der nordwestböhmisches Bergarbeiter, verursacht durch jahrelange Kurzarbeit, eine verzweifelte genannt werden muß.

Diese Verzweiflungssituation hat den Kommunisten Vorwand geliefert

und insbesondere auch der Umstand, daß es den Kommunisten gelungen ist, viele tausende Arbeitslose für die Streikpropaganda mobil zu machen.

Es wurde schon in einem Artikel im Fachblatt „Bild-Auf“ vom 14. April 1932 unter dem Titel: „Die Köpfe klar“ auseinandergesetzt, um was es in Nordwestböhmen seit Jahren geht.

Der Abzug an Braunkohle geht von Jahr zu Jahr zurück.

Die Ausfuhr nach Deutschland, die vor dem Kriege über 7 Millionen Tonnen betragen hat, beträgt jetzt nur noch 2 Millionen Tonnen. Im Jahre 1932 wird sie sogar weniger als 2 Millionen Tonnen betragen. Der Zu- und Abzug an Braunkohle steigt nicht, sondern sinkt eher. Bei der Vergabe der Staatsbahnlieferungen für das Jahr 1932 wurden den Braunkohlengruben eine Million Tonnen weniger Staatslieferungen zugewiesen und den Steinkohlengruben 700.000 Tonnen mehr. Das bedeutet eine weitere Verschärfung der Krise in Nordwestböhmen und im Falkenauer Revier.

Den unmittelbaren Anlaß zum Streik

hat die angekündigte Einstellung des Humboldt-Schachtes in Niedergeorgental. Es handelt sich hier nicht um ein ausgeglichenes, sondern um ein neu und modern eingerichtetes großes Grubenfeld. Aus Rationalisierungsgründen wollte die Gesellschaft den Schacht einstellen und 300 Arbeiter drohlos machen. Das Aufstrebende an dieser Wohnanlage besteht darin, daß die Direktion am gleichen Tage, und zwar am 21. März 1932, die Anzeige an das Revierbergamt wegen Einstellung des Schachtes erstattete und am selben Tage gleichzeitig 300 Arbeiter (die gesamte Belegschaft) kündigte, was natürlich so zu betrachten ist, als wenn die Gesellschaft der Zustimmung des Revierbergamtes zur Einstellung des Schachtes schon vorher sicher gewesen wäre. Die Gesellschaft hätte sich die Bewilligung des Revierbergamtes zur Einstellung des Schachtes aber zuvor beschaffen müssen und dann hätte sie eventuell mit der Kündigung vorgehen können. Zur gleichen Zeit bestand sich der verantwortliche Zentraldirektor Löder auf einer Erholungsreise im Süden, d. h. er hat die Wohnanlage erst angeordnet, ist dann abgereist und seine zwei Stellvertreternden Direktoren Karil und Grögler hatten keine Vollmacht zu verhandeln.

Die Union der Bergarbeiter ist sofort beim Arbeitsministerium eingeschritten und hat erreicht, daß das Arbeitsministerium angeordnet hat, daß die Kündigungen am Humboldt- und Kellensschacht — das war am 23. März 1932 — solange aufgeschoben werden, bis Zentraldirektor Löder von seiner Urlaubsreise zurück ist. Mit der Entschädigung J. 22.308,9526 vom 30. März 1932 hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten den Direktoren aufgetragen, die Kündigungen am Kellens- und Humboldt-Schacht angeblich zu widerrufen und keine weitere Kündigungen vorzunehmen. Also

durch die erfolgreiche Intervention der Union der Bergarbeiter war die unmittelbare Ursache des Streikes beseitigt.

Trotzdem ging die Streikwelle weiter. Telle vorstehenden Bergarbeitern, größtenteils aber Frauen und Arbeitslose, zogen tagelang in Trümpf bis zu 2000 Personen von einem Schacht zum anderen und erzwangen die Arbeitseinstellung im ganzen Revier. Bezeichnend ist, daß Radfahrerturps bis zu 200, und fanfarierte Streiktrupps von mehreren Hundert, von Bruch, Hesel, Wieso, Brüx, bis nach Karbitz und Tärmitz vorstießen und die Bergarbeiter der Schächte zum Verlassen ihrer Arbeitsplätze zwangen.

Die Union der Bergarbeiter und der Zwangshornika forderten ihre Mitglieder auf, sich am Streik nicht zu beteiligen, laut aber der Gewalt zu weichen, und dieser Gewalt mußten sie fast überall weichen. In der Revierkonferenz der koalitierten Bergarbeiterverbände vom 1. April in Brüx wurde das veranlassungsgelose verbrecherische Vorzeichen der Kommunisten in dem Streik gebrandmarkt, jede Verantwortung für die Folgen des Streikes abgelehnt und den Mitgliedern empfohlen, weitere Maßnahmen seitens der Verbände abzuwarten. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die Beschlüsse der Zentralstreikleitung für unsere Mitglieder und Vertrauensmänner nicht

als bindend anerkannt werden. In der Begründung heißt es, daß

die koalitierten Bergarbeiterverbände die Pflicht haben, den Lohnvertrag zu schützen.

Die Kommunisten haben in raffinierter Weise eine Zentralstreikleitung gebildet und sich für dieselbe allerlei Leute ausgesucht (auch einige Mitglieder der Union der Bergarbeiter und des Zwangshornika) wurden gedungen. Soweit die Union in Frage kommt, wird sie diese Ueberläufer, die keinerlei Recht hatten, im Namen der Unionsmitglieder zu sprechen, restlos aus ihren Reihen entfernen. Die Zentralstreikleitung stellt vor allem die Bedingung auf, daß niemand anderer unterhandeln darf, als die Zentralstreikleitung selbst. Demütig hat die Zentralstreikleitung bei den Bergwerksbesitzern zweimal um die Einleitung von Unterhandlungen. Die Bergwerksbesitzer lehnten es ab, mit der Zentralstreikleitung zu unterhandeln, ebenso das Ministerium für öffentliche Arbeiten.

Für die koalitierten Bergarbeiterverbände, besonders für die Union der Bergarbeiter, gab es nur drei Möglichkeiten:

1. Das kommunistische Verbrechen mit zu machen und dadurch den Lohnvertrag umzubringen. — nur Narren und Verbrecher könnten eine solche Politik gubehören. Streik gegen Wirtschaftskrise, Streik gegen Feiertagsarbeiten, Streik gegen Arbeiterentlohnungen, Streik gegen schwere Abfahrtsrisik! Wo hat die Welt irgendwo und irgendwann eine solche Narretei oder ein solches Verbrechen erlebt? Wahrscheinlich die Weltwirtschaftskrise wäre leicht zu beseitigen, wenn man mit Streiks gegen sie ankämpfen könnte.

2. Die zweite Möglichkeit der koalitierten Verbände bestand darin, abzuwarten. Das haben sie getan, bis sie vom Ministerium für öffentliche Arbeiten zur Aussprache eingeladen wurden (8. April 1932).

3. Die dritte Möglichkeit bestand darin, den Streikpuls zusammenbrechen zu lassen, um die Kommunisten, Falkenkreuzer und die Jednota hornika für den Zusammenbruch verantwortlich zu machen. Für diese Daseinspolitik konnten sich die koalitierten Bergarbeiterverbände nicht entscheiden, weil am Schluß des Zusammenbruchs des Streikes nichts als ein vollständiger Sieg der Bergwerksbesitzer und der Reaktion gewarant hätte. Ob der Lohnvertrag dann noch weiter gehalten hätte, ist mindestens sehr zweifelhaft. Daher gingen die koalitierten Bergarbeiterverbände den einzig möglichen und richtigen Weg als sie vom Arbeitsminister gerufen wurden, leisteten sie ihm mit, daß

die Beendigung des Streikes nur möglich sei, wenn gewissen berechtigten Forderungen der Bergarbeiter entsprochen werde.

Forderungen, die mit den aufgestellten Forderungen der Zentralstreikleitung absolut nichts zu tun haben, sondern Forderungen, die die koalitierten Bergarbeiterverbände seit Jahr und Tag erhoben haben, denen aber das Ministerium für öffentliche Arbeiten nicht jene Beachtung geschenkt hat, die notwendig gewesen wäre. Es wurden Verhandlungen vereinbart für den 13. April. Ueber Verlangen der koalitierten Verbände wurde zu diesen Verhandlungen auch der kommunistische Bergarbeiterverband eingeladen. Vor der Verhandlung überreichten die koalitierten Bergarbeiterverbände dem Ministerium die bestimmten Forderungen.

In der Begründung der Forderungen heißt es:

„Die günstigste Gelegenheit dieser Forderungen der koalitierten Bergarbeiterverbände würde nicht nur die sofortige Beendigung des gegenwärtigen Streikes, mit dem die koalitierten Bergarbeiterverbände nichts zu tun haben, zur Folge haben, sondern es würde, was noch wichtiger ist, eine wesentliche und dauernde Beendigung unter den nordwestböhmisches Bergarbeitern eintreten, was sowohl im Interesse der Öffentlichkeit, des Staates und auch der Grubenbesitzer gelegen ist.“

Die Forderungen bilden die Grundlage der Verhandlungen. Nach langwierigen Verhandlungen am 15. April 1932 um zwei Uhr morgens wurde die Vereinbarung unterzeichnet. Es war den beiden Vertretern des kommunistischen Bergarbeiterverbandes Karil und Kofel klar, daß bessere Bedingungen nicht zu erreichen waren, sie unterschrieben trotzdem das vorbereitete Protokoll nicht und verhinderten dadurch den vollständigen Generalpardon.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände nahen a. auf ihrer Konferenz vom 16. April die Vereinbarung an und empfahlen ihren Mitgliedern, die Arbeit aufzunehmen. Die Kommunisten und Falkenkreuzer bestanden gegen diese Vereinbarungen. Bei dem Begräbnis der zwei Todesopfer der Brüxer Demonstration haben am Friedhof in Brüx ein Dutzend kommunistischer Abgeordneter diese Vereinbarung als Verrat und Betrug an den Bergarbeitern bezeichnet und die Menschenmenge aufgefordert, solange zu streiken, bis mit dem Zentralstreikkomitee verhandelt wird. Also fastlich keine weiteren Forderungen. Auf der Reviervereinskongress am 17. April in Brüx, an der sich 300 Vertreter der „Anorganisierten“ beteiligten, sowie Vertreter der Arbeitslosen und der Frauen (zu der Konferenz konnte scheinbar hinkommen wer wollte), wurden

die Brüxer Vereinbarungen abgelehnt, zum Weiterstreiken und zur verhängten Streikwelle aufgefordert. Trotzdem haben Japota und Karil erklärt, daß für Dienstag, den 18. April bereits eine neuerliche Konferenz einberufen sei, welche definitiv entscheiden wird. Daraus geht hervor, daß die kommunistischen Drahtzieher schon am Sonntag die feste Überzeugung hatten, die Vereinbarungen anzunehmen und zur Einfahrt aufzufordern. Der Beschluß der koalitierten Bergarbeiterverbände und der Jednota hornika wäre zweifellos von mehr als Dreivierteln aller Belegschaften befolgt worden, wenn nicht im Duxer und Brüxer Gebiet die Einfahrenden durch neuerlich heranziehende Terrorverbänden verhindert worden wären. Wozu die Herrschaften am Sonntag den Mut nicht fanden, dazu mußten sie sich wohl oder übel am Dienstag finden. In dieser Konferenz ging es sehr stürmisch zu. Die kommunistischen Führer wurden schwer beschimpft und mit Sch und Krach wurde doch mit Mehrheit beschlossen, die Arbeit am Mittwoch aufzunehmen.

Die kommunistische Zeitung „Internationale“ schrieb allerdings am Mittwoch, den 9. April: „Der Streik geht weiter.“

Der Plan der Kommunisten ging natürlich viel weiter. Sie wollten aus dem Streik in Nordwestböhmen einen allgemeinen Bergarbeiterstreik in der Republik und aus diesem allgemeinen Bergarbeiterstreik einen Generalstreik machen. Ihre diesbezüglichen Versuche in Kladsno und Strana sind täglich gescheitert, die dort von ihnen angezettelten Streiks sind schmachhaft zusammengebrochen; in Falkenau konnten sie gar nicht Fuß fassen. Es ist zweifellos, daß

die Kommunisten nicht an Bergarbeiterforderungen dachten, sondern an eine große politische Aktion, an deren Ende aber nicht die soziale Revolution, sondern die Reaktion gestanden hätte.

Die Behauptung, daß die Situation für den Streik günstig war, ist Trübsinn. Noch niemals haben die Unternehmer einen Streik so gern gesehen wie diesmal.

Das Brüxer Revier könnte monatelang im Streik stehen und ein Kohlenmangel würde nicht vorhanden sein.

Die gesamten tschechoslowakischen Bergarbeiter könnten viele Monate im Streik stehen. Polens- und Deutschlands Steinkohlengruben sind mit Leichtigkeit imstande, den gesamten Kohlenbedarf für die tschechoslowakische zu decken, sie sind dies imstande, ohne daß sie Neueinstellungen von Arbeitern vornehmen müßten. So steht die Situation am Kohlenmarkt, national und international, und es ist sicher ein Glück, daß das von den Kommunisten angezettelte Verbrechen von den koalitierten Bergarbeiterverbänden mit einem Erfolg für die Bergarbeiter liquidiert werden konnte. Bezeichnend für die Willkürsituation im nordwestböhmisches Braunkohlenrevier ist die Tatsache, daß für Samstag, den 23. April 1932 auf einer größeren Anzahl von Schächten wegen Kohlenmangel schon Feiertagsarbeiten eingelegt wurden. Allerdings in der Frage der Arbeiterentlohnungen und Einstellung von Schächten wäre auch ohne den Streik dasselbe Ergebnis erzielt worden, ja, es war schon erzielt. Auch in den anderen Revieren hätten bei der Erhaltung im Kohlenmarkt, wo die Forderungen vorliegen, manche dieser Forderungen verwirklicht werden können. Der Putsch war nur möglich, weil der von der kommunistisch-falkenkreuzerischen Zentralstreikleitung beschlossene wochenlange und durch nichts gehinderte Terror sich voll auswirken konnte. Die gesamte bürgerliche Presse, die deutsche und die tschechische, stand auf der Seite des Terrors, lobte fast alle Tage die „musterhafte“ Disziplin der Streikenden. Was an Terror, Köhngang und Gewalttätigkeiten geleistet wurde, davon werden wir die Öffentlichkeit in aller nächster Zeit noch ausführlich informieren.

Ohne das Eingreifen der koalitierten Bergarbeiterverbände, das kann ruhig festgestellt werden, hätte der verbrecherische Putsch der Kommunisten und Falkenkreuzer mit einer völligen Niederlage der nordwestböhmisches Bergarbeiter gendet.

Devisenerleichterungen in Oesterreich.

Wien, 23. April. Gestern ist ein Merkblatt der Oesterreichischen Nationalbank herausgegeben worden, das die erste wirkliche Erleichterung in den Oesterreichischen Devisenmaßnahmen darstellt. Durch dieses Merkblatt wird bestimmt, daß die bisher geltenden gewissen ausländischen Schilling-Guthaben, die sogenannten blockierten Guthaben bei den Banken, welche in der Zeit vom 10. Oktober bis 31. Dezember 1931 entstanden sind, freigegeben werden. Es handelt sich um Konten in der Höhe von etwa 20 Millionen Schilling. Weitere 20 bis 25 Millionen solcher Guthaben dürften in der Zeit seit dem Jänner 1932 entstanden sein. Man wird in naher Zeit auch mit einer Freigabe dieser letzten Beträge rechnen können. Die Freigabe bedeutet zwar noch nicht eine direkte Durchbrechung der Devisenordnung, da der Export gegen Schilling nach wie vor verboten bleibt. Dagegen können die freigegebenen Konten zu Wareneinkäufen in Oesterreich und zu Reisen verwendet werden.

PRAGER ZEITUNG.

Aus den Hintergründen des Filmkontingents.

Das soll nicht das Kino; es steht zum Teil die Tendenz, die auch noch geboten wird, zum Teil die ige Unterhaltung, es steht am Kino vor allem das Instrument moderner Kulturpflege. Jeder nicht ins Kino tritt und auch die verschiedenen Ansprache werden im Kino Befriedigung finden — wenn auch nur selten. Und dieses Wanders moderner Technik, dieses Bündels von Kunst und Materie hat sich eine „Brande“ bemächtigt; was immer man anführt, die Spitzen dieser Brande sind nicht entzündbare Schlingel der Allgemeinheit. Da ist es bei uns so weit gekommen, daß durch die Manipulation des einzigen Kontingents fast jede Produktion unmöglich wurde, weil die Kontingente nicht mehr die unmaßlich hohen Lizenzgebühren der Lohis und die sogenannten Kellerei- und Apparaturpreise bezahlen konnten; damit wurde die heimische Produktion unmöglich gemacht, die Voraussetzungen waren zu hoch, die Kosten konnten durch die Einnahmen nicht mehr gedeckt werden. Nie werde ich behaupten, daß der heimische Film als solcher bewiesen hat, daß er unterhaltungswürdig ist; aber man kann es versichern, wenn sich die höchsten Filmwerke gegen die Inflation ausländischer Kinofilme wehren und Einfuhrmaßnahmen fordern.

Man will also helfen; dazu müßte vor allem die Produktion verbilligt werden. Aber die Kellereipreise gehen nicht herunter. Wenn man den Gebühren nachgeht, so kann man feststellen, daß auf jeden heimischen Kinofilm, der mindestens zehn Tage im Kellerei gedreht wurde, wurde und mindestens 650.000 Kronen kostet, sieben Einfuhrschelne gegeben werden sollen, die einen Wert von über 100.000 Kronen darstellen. Was soll damit erzielt werden? Erstens will man der Prager Exponiergruppe zehn Tage Kellereipreis sichern; zweitens will man verhindern, daß sich ein billigeres Konkurrenzunternehmen gründet und verlangt darum den Mindestlohnpreis; und dann will man Kulturfilme und solche angeschlossen, die auf einer anderen als der Lohisapparat gedreht wurden. Und das nennt das Handelsministerium Förderung heimischen Films; damit aber alles tadellos klappt, wird in der Kommission, die über die Kontingentberechtigung eines heimischen Films zu entscheiden hat, nicht einer, sondern mehrere Vertreter jener Gruppe stimmen, die eben den heimischen Film durch ihre Wasserpreise vernichtet haben. Alles im Zeichen edlen Patriotismus und edlen Kampfes gegen den „fremden Schand!“ —w—

Gerichtssaal

Ein interessantes § 19-Prekjudiz.

Anlässlich einer Klage vor dem Prager Zivilgericht kritisierte Dr. Victor Lederer die Tätigkeit der Finanzprokuratur in Stiftungssachen. Ueber diese Verhandlung berichteten verschiedene Zeitungen. Die Finanzprokuratur verlangte daraufhin von den Zeitungen „Prager Tagblatt“, „Bohemia“ und „Prava Lidu“ Verurteilungen gemäß § 19 des Prekjudizes. „Prava Lidu“ wies das Verlangen der Finanzprokuratur ab, u. a. deshalb, weil es Verurteilungen Dr. Lederers enthält. Die Zeitungen „Bohemia“ und „Prager Tagblatt“ veröffentlichten die § 19-Berichtigung der

Finanzprokuratur und lehnten eine von Dr. Lederer verlangte Berichtigung ab, was in der Zukunft der Finanzprokuratur stand, ab. Daraufhin überreichte Dr. Lederer gegen die verantwortlichen Redakteure der genannten beiden Blätter die Klage nach dem Prekjudiz. Die „Bohemia“ glied sich nach Einbringung der Klage aus und veröffentlichte die Berichtigung Dr. Lederers freiwillig; der verantwortliche Redakteur des „Prager Tagblatt“ Dr. Rybnický ließ sich auf das Urteil ankommen. Sein Vertreter Dr. Spitz anerkannte, der Inhalt der von Genossen Dr. Schwelb als Rechtsvertreter Dr. Lederers eingeleiteten Klageentscheidung entsprache wohl in allen Punkten den Erfordernissen einer tatsächlichen Berichtigung, es könne aber einer Zeitung nicht zugemutet werden, Berichtigungen von Verurteilungen, noch dazu von amtlichen, zu veröffentlichen, weil dies die Raumverhältnisse einer Zeitung zuviel belasten würde. Das Gericht anerkannte diesen Standpunkt nicht und verurteilte den verantwortlichen Redakteur des „Prager Tagblatt“ zu 100 K Geldstrafe und zur Veröffentlichung der von Dr. Lederer eingeleiteten Berichtigung. Das Gericht akzeptierte, da ein solcher Fall bisher bei den höchsten Gerichten nicht vorgekommen war, die von Genossen Dr. Schwelb zitierte Ansicht des Strafrechtlehrers Lipp und die Ansichten eines deutschen Professors, welches vor Jahren ähnlich entschieden hatte, daß auch gegen Umstände in einer als „Berichtigung“ bezeichneten Zuschrift der Anspruch auf tatsächliche Berichtigung offenstehe.

Rosa Nový unschuldig verurteilt!

Eine gerichtliche Sensation.

Prag, 23. April. In den Vormittagsstunden des heutigen Tages verbreitete sich im höchsten Justizpalast eine aufsehenerregende Nachricht. Die berüchtigte Waise Rosa Nový ist definitiv vorgefunden wegen eines neuerlichen Falles von Kindererschwerer nach einmütigem Verdikt der Geschworenen schuldig erkannt und zu einer Zwangsstrafe von einem Jahr schweren Kerkers verurteilt worden. Auf die unklare Sachlage in diesem Prozeß haben wir in unserem Gerichtssaalteil hingewiesen.

Heute erschien nun bei dem Vorsitzenden des Straffenates Nový in der Director des hiesigen Hinderhauses und gab folgendes zu Protokoll: Die Kronzeugin in dem Prozeß, die Kindermutter Thekla Slavina erschien damals nach erfolgter Entbindung im Hinderhaus und wählte ihr Kind dort unterbringen. Da dieses Institut als Landesanstalt in diesem Fall nicht direkt zuständig war, die Slavina ist in Währen belausigt, wies man sie an das Spezialinstitut, welches die Unterbringung nach vorgeliebter Art in die Wege leiten sollte. Nach einiger Zeit aber kehrte die Slavina ohne das Kind wieder zurück und teilte mit, daß eine weitere Amtshandlung nicht nötig sei, weil eine gewisse Frau Mikula aus Kladau das Kind als eigen annehmen wolle.

Diese Frau Mikula, in der man die Rosa Nový vermutet, weil diese oft mit diesem Namen zu arbeiten pflegte, existiert aber wirklich, ist also nicht mit der Rosa identisch.

Später zerlegten sich indessen die Verhandlungen und das Hinderhaus war zuletzt doch noch genötigt, sich des Kindes anzunehmen. Es wurde in einem Saalung schein untergebracht und blieb

Die Carlo heiratet. Der Zwickauer Korrespondent des „Daily Mail“ erzählt, daß die bekannte Filmchauffiererin Greta Garbo von Hollywood nach Berlin überföhlen wird, wo sie in der nächsten Zeit mit Wilhelm Zerkow, dem Sohne eines reichen schwedischen Finanziers, eine Ehe abschließen wird.

Um sieben Reger. Am 12. Mai sollten in Alabama (USA.) sieben junge Reger, die wegen angeblicher Angriffe auf weiße Mädchen zum Tode verurteilt worden waren, hingerichtet werden. Das Datum der Exekution des Urteils ist nun auf den 21. Juni verschoben worden. Die Verteidigung soll noch Gelegenheit erhalten, beim Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten Berufung einzulegen. Man nimmt in weiten Kreisen an, daß hier vom Gericht in Alabama ein auf Rosenholz zurückzuführendes Fehlurteil gefällt worden sei.

Vom Prager Rundfunk

Diese Woche, d. h. das Schicksal der Arbeiterföndung, prägte uns von neuem den Segen einer sorgfölglichen Drigkeit ein, hier in Gestalt der Radiogeschichte. Da Demokratie Diskussion ist, kann es für die Bürger einer demokratischen Republik, die doch hier und da mit dem Stimmzettel über immerhin wichtige Fragen des Staatslebens entscheiden dürfen, denen also Entscheidungsbefugnisse staatsgrundgesetzlich zugestanden sind, — für diese Bürger also kann es nichts Verderblicheres geben, als über Dinge wie die Feuerbestattung etwas zu hören, weil diese zwar tatsächlich in vielen Städten, ja sogar in der Hauptstadt der Republik täglich praktisch ausgeübt wird, aber bei einer Partei im Staate aus weltanschaulichen Gründen nicht beliebt ist. Es könnte am Ende manch frommer Glaube geföhrt, sie und da ein schlummerndes Hirn geweckt werden, Staatsbürger könnten zu denken, zu urteilen, zu diskutieren und da darf es derartiges nicht geben. Förschaun und Schönda sind hübsche Städtchen gewesen.

Der Erfolg war übrigens vollständig. Genosse Leopold Goldschmidt las zwei Impressionen aus der Tatra; mit satirischer Faune, in schwarzweißer Betrachtung, von klarer, prägnanter Wortkunst getragen, zeichnet er charakteristische Gestalten, interessante Bilder erschütternder sozialer Schicksale. Er bringt zum Mitfühlen, Nachdenken, und wirkt so an- und aufregend, ohne Pathos, rein durch künstlerische Gestaltung. Eigentümlich sollte so was auch verboten werden, man hat so ein Gefühl, daß da auch nicht alles in Ordnung ist, man hat nur so keine rechte Handhabe. . . . Schade! Die Kunst ist halt überhaupt immer ein bißel verdaulich.

Was soll man da sagen, — sogar Herr Archibald Dr. Anton Moutcha sprach über Neue Bücher zur Zeitwende, nannte Klaus Kehnrichs „Jugend in Sowjetrußland“, Eugen Rosenfelds „Europäische Revolutionen“ und Ernst Robert Curtius' „Deutscher Geist in Gefahr“ — lauter so kritische Themen werden da behandelt! Was heißt überhaupt Zeitwende? Wir leben doch in der besten aller Welten, das kapitalistische System floriert doch und macht alle Menschen satt und glücklich und seine Kritik ist lautsgeföhrlisch, — was, wozu und wohin soll sich denn wenden? Man schüttelt den Kopf. Viel zu wenig acht gibt die Zensur!

Und so ein Thema, wie es Dr. Miksed Schmiedl, Prag, behandelte — Schadenshaftung des Dienstgebers auf dem Gebiete der Verkehrsversicherung —, das ist doch geradezu ein destruktives Element! Ein Glück noch, daß von den gelehrten juristischen Taggebunden des Vortragenden die wenigsten über etwas behalten haben dürften. An unter dieser Voraussetzung könnte man ja allenfalls ein Auge zuwachen.

Da ist die Musik doch ein anderes Feld, besonders wenn kein Text dabei ist. Sehr gut gesprochen und glänzend disponiert war der Vortrag des Wiener Dr. Paul Stefan: „Der Musikkritiker heute“. Vorbereitungen, Wesen und Aufgaben fruchtbarer Kritik wurden aufgereizt. Freilich, der Schlußfolgerung gegenüber, der Kritiker müsse helfen, die Musik retten, können wir uns einer gewissen Skepsis nicht entziehen, — von den heute Rahgebenden wird er die Mittel zur Erhaltung der Kunstinstitute vergeblich verlangen, wenn kein Profit damit zu machen ist. Nicht von jenen, sondern von dem Kulturwillen des aufsteigenden Proletariats wird die Musik, die Kunst gerettet und zu neuer Blüte gebracht werden. — Wieder sei die Bitte ausgesprochen, der Anlager möge bei Liederkonzerten die Texte vorher lesen, anlässlich der Darbietung moderner ungarischer Lieder durch Frau Magda Szabmany. Ihre wunderhübsche, langvolle Stimme, ihre leichte, in allen Lagen ausgeglichene Eingeweise, ihre bedeutende Musikalität bereiten reinen Genuß, der nur noch inniger werden wird, wenn man durch Kenntnis der Gedichte richtig einstellt und ganz frei wird aufnehmen können. Bela Bartok's Temperament und Gefühl, getragen von Rhythmus und Melodie ungarischer Volksmusik, wirken stärker als Szoljan Kodaly's frei rhapsodische Romantik, die auf die Dauer eintönig wird. — Eine Neuerung gab es Mittwoch abend: Mozart's reizende Oper „La citta di giardino“ wurde, bearbeitet von C. We. aus dem Studio geföhrt. Doktor Jeremias leitete die prächtigen Sanges und das treffliche Orchester des Radiojournals geschmackvoll und hilfsicher. Josef Kuba, als außerordentlich begabter Regisseur von der Cimriner Oper her bekannt, führte Regie. Ihm ist jedenfalls die verblüffend plastische Gestaltung des Dialogs und die gelungene Einkimmung des Ganzen auf den leicht verdaulichen Ton der beiteren Spieloper zu danken. Es war ein Vergnügen. Aber es ist halt doch wieder eine unmoralische Geschichte, die der lockere Meister Mozart da verlohnt hat. Die Zensur beweist wirklich manchmal eine beängstigende Unzeit.

J. F. Z. n. a. u.

Bücherschau.

Söllnirbel der Zeit.

Mit einem ungewöhnlichen Schwarm für das Zeitalter begnadet, hat Robert Neumann als zweites Buch des Romanisches „Einfluß“ ein fast 600 Seiten umfassendes Buch „Die Macht.“ Paul Jolmay Verlag, Wien-Berlin-Prag) geschrieben, das von der Naturgeschichte des Geldes handelt, aber noch mehr ist: ein Bild unserer brodelnden und garenden, Leidenschaft verströmenden Zeit. Es ist dem Autor gelungen, in diesem Schlüsselroman ein Stück Welt einzufangen, wie sie heute ist und wie sie freilich in ihrer Vielheit, in ihren Zusammenhängen nicht fassenbar ist. Der Grundgedanke des Romans kann wohl so herausgehoben werden: solche Erfahrungen macht ein nach Europa heringewandter Idealist mit Europa und seinen Menschen, an die er sich für sein Volk hilfsuchend aus dem Gefühl erlittenen Unrechts wendet, so lernt er, der aus seiner Bergheimlichkeit tadellos entwichen hat, die in dem am Kapitalismus verdrängten Westen längst nicht mehr im Kurs stehen, die heutige bürgerliche Zivilisation kennen. Dieser Idealist, ein „Kanadier“ mit allen, aber etwas primitiven Gedanken ist Fürst Gregor Jolmay Karachan, einer der Fürsten im Kaukasus, der gemeinsam mit den anderen Fürstentümern des Kaukasus, an denen dort gerade kein Mangel gebricht zu haben scheint, im Jahre 1929 von den Bergen herab ins Flachland einen Feldzug gegen die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken unternimmt, um die ihnen von den Bolschewiken weggenommenen Felder zurückzuerobern — ein recht ständisches Unterfangen. Immerhin: der diktiertensöhnligen Kellerei geht es gut, es trifft zu befehlen und dort einige Tage lang die Herrschaft einer nationalgeorgianischen Regierung erleben zu lassen. Nach einigen Regierungshandlungen von „berühmter Wildheit“, darunter das Hinankommen nationaler Freiheitsproklamationen in alle Welt und das Truden von eigenen Panzern, wird die Diad. Tiflis vom Armeeföhrer Karachan vom Augetreten der Wälschengehört erledigt und unter den wenigen, denen es vor der

liberen Einrichtung zu flüchten gelangt, ist der blonde, einjährige, edelwärsche Niese Karachan, eine prächtige Figur für den Film. Der sich nun nach dem Westen wendet, um beim Völlerbund die Klage des georgianischen Volkes vorzubringen, aber schließlich in Wien landet, wo der Schauplatz der Haupthandlung des Romans ist. Wien und bürgerliche Kultur von heute! Der ahnungslose, naive Bergfürst mocht da keine Erfahrungen. Er hat eine Menge Revolutionsgeld und auch zwei Platten mit gebracht, mit denen es gedruckt wurde und die Menschen, unter die er gerät, lauter nach bürgerlichen Begriffen höchst achtenswerte Leute, Sozialisten, Kerze, Bankdirektoren und nationalistische Politiker erkennen mit festerem Blick rasch die Wertlosigkeit der zwei Plattenplatten für ihre unterschiedlichen Zwecke. Geld ist Macht, auch wenn es nur falsches Geld ist und mit eben diesem falschen Geld sollen böllische Organisationen finanziert, die nationale Revolution gebricht werden, wobei keine der handelnden Personen vor so unvorsichtig ist, an sich und die eigene Tasche zu vergraben. Die Lieberwönsen werden also geföhrt und ein wilder Tanz von Intrigen, Geldumwechslungswindstößen und Börsenmanövern spielt sich vor dem Leser ab. Das Ganze ist virtuos, mit grandios gestalteter Plastik der handelnden Personen und mit guter Kenntnis sowohl der Welt der Wirklichkeit wie der Politik erzählt, anscheinend reportagehaft und dabei doch mit hoher Kunst. Man hat manchmal den Eindruck, als sollte ein Film vor einem ab. So wirklicheitstunade und Wohlstand weicht Robert Neumann zu erzählen und was noch mehr ist: er hat hier ein Buch geschaffen, das als Dokument einer aus den Augen getretenen Zeitalterzeit geöhrt zu werden verdient.

„Das Gastspiel.“ Roman von Alice Berend. 2. Hefter Verlag, Berlin. Mit feinem, verhaltenem Humor und künstlerischer Reife erzählt die Dichterin die Geschichte eines unterbliebenen Künstlerinnen-Gastspiels in Amerika. Frau Böhle, einst unter dem Namen Mia Reichmann eine junge, viel verheerende Sängerin der Oper, ist eine tüchtige Operfrau und sanftmütige Mutter geworden. Paul Böhle zu Hilfe verführt sie auf Ruhm, Vorzeer und Unsterblichkeit, was er ihr nicht vergißt und woran sie ihn übrigens gemißtraut an jedem Tage neu erinnert.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. — S. 3. II.

„Mittleuropäische Probleme.“

Referenten: Gen. Tsch. und Gen. Jedn. Gemeinsam mit den tschechischen Genossen. Baric- und Jugendgenossen willkommen. 8 Uhr abends, Gewerkschaftshaus, Bartolomejska 14.

nan ununterbrochen in Kullatpflege, bis es im Jahre 1931 an einer Kinderkrankheit dortselbst starb.

So hat also tatsächlich die Kowu mit diesem Fall nichts zu tun und die Meinung des Schriftsachverständigen Kd. Klandera, der mit 50 Prozent Wahrscheinlichkeit die Kindesmutter selbst als Schreiberin jener als Beweis so wichtigen Karte ansprach, hat sich als richtig erwiesen. Von dieser Karte wird übrigens künftig noch zu reden sein, denn es scheint, daß der Heber-eifer der Sicherheitsbehörden hier eine wenn auch indirekte Rolle spielt. Jedenfalls bleibt das einklimmige Urteil der Geschworenen angefaßt der Sachlage bemerkenswert.

Der Verteidiger wird nun von der Durchführung der angemeldeten Nichtzulassungsbewerbe absehen, da bei dem gänzlich veränderten Stande der Sache ex professo die sofortige Wiederannahme einer neuerliche Verhandlung der Strafsache angeordnet werden wird.

Ein widerrufenes Geständnis.

Brandlegung als Raubmord? — Ein 19jähriger Sonderling.

Prag, 23. April. Vor dem heutigen Saalungsgerichtshof des OGH Prag hat sich ein deutscher Wärtergehilfe zu verantworten, dem zur Last gelegt wird, sich für eine Entlassung durch eine schwere Brandlegung geröhrt zu haben. Der Angeklagte Rudolf Dabuel war in der Strafanstalt in Jizna angefaßt und erhielt Anfangs März die Amnestie. Am 4. März abends ging ein dem Dienstherr geöhrtiges Gedächtnis, welches Kangleien, Magazinräume und Wärschaftsamern enthielt, aber nicht bewacht wurde, in Flammen auf. Der Schaden betrug 77.000 Kronen.

Der Verdacht richtete sich zunächst nicht auf den Angeklagten, sondern erst auf Umwegen gelangte man zu der Vermutung, daß Dabuel der Täter sei. Man hatte am Morgen nach der Tat unter dem Bett des Wärschaftsföhlers, Namens Lorenz, eine Schachtel Zigarettenhölzer aufgefunden. Da Lorenz in keiner Weise in Betracht kommen konnte, kam man auf den Gedanken, daß hier ein Raubmord gegen Lorenz vorliege und dieser in fall den Verdacht gebracht werden sollte. Die Klage ging nun dem Angeklagten nicht von dem Besitzer der Wärschafts Zigaretten, sondern von Lorenz mitgeteilt worden.

Dabuel, der nun verdaßt, wurde, klagte zunächst überhaupt, etwas von der Sache zu wissen. Später gab er zu, möglicherweise durch eine weggeworfene Zigarette, ohne es zu wissen, den Brand verursacht zu haben. Es wurde aber festgestellt, daß es nicht so einfach sei. Er übernahm wiederholt seine Aussage, bis er eines Tages ein volles Geständnis ablegte, was zwar unter bemerkenswerten Umständen. Bei einem Besuch, dem auch der Dienstherr des Verurteilten bei-

Da wird Mia eines Tages zu einem Gastspiel nach Amerika eingeladen. Das Bürgerliche ihrer Wohnung und ihres Lebens verwanbelt sich nun mit einem Schlag. Wie man der erwartete Erfolg ihre Gewohnheiten verändert und wie mit der Künstlerlebenhaft gleichzeitig ihre Chancen erwanden, das erzählt die Dichterin höchst unterhaltend. Schließich unternimmt Mia einen Auslauf zu ihrer Gastspielreise, kehrt aber zurück, das Gelagere ihrer gemäßigten Erziehung erweist ihr, als es ernst wird, doch begehrtlicher als die Raub noch Ruhm und Glanz, aber natürlich gibt sie vor, dem Tode gelagert zu haben, ihrem Wanne ein neues Opfer zu bringen. Ein Unterhaltungskomman, doch einer von Klasse.

Heinrich Jerantzen: „Chernobasen.“ Roman. Dasbilder K.M. 2.90. Volkverband der Bücherfreunde, Bogenweier-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2. Das malte und doch ewig-junge Problem der Liebe eines Mannes zu zwei Frauen, von denen er gleichzeitig wiedergeliebt wird, entwirrt sich in diesem modernen Roman aus innerster Anstrengung, tiefstem Verantwortungsgesühl, tiefsten aufopfernder Ausgleiche und feilscher Selbstbehaltung. Hier zeichnet die Hand eines Künstlers — nicht die eines Durchschnittschriftstellers — Schicksale von Menschen, die nach außen hin in glänzenden wirtschaftlichen Verhältnissen und weichen Genüssen leben, denen jedoch infolge innerlich unstillbarer Bestrebungen Zielkämpfe ewigwährender Tragik durchgelieben bestimmt ist. Es ist bemerkenswert, mit welcher Begehrtheit, mit welcher Klarheit, mit welchem raffinierten Können an Gestaltung die kompliziertesten seelischen Aspekte hier eine Ausdrucksform unerböhrter Plastik erhalten. Jede Handlung, jede Ansprache, jeder gedankliche Reflex, jede Aussage feilscher Zerrüttung, wächst elementar aus unbekanntem Gegeben. Der gedankliche Reichtum, die Problematik und die schöne schlichte Sprache dieses Buches erzeugen den gleichen Eindruck wie das Erleben eines vollendet geliebten und vollendet geschriebenen Schauspielers. Ein wertvolles Buch, das aufs warnte zu empfehlen ist. Seine nottunmehrschwerer Ausfertigung und als erstaunlich niedriger Preis charakterisieren die Leistungsföhigkeit dieses aneres größten Buchverbandes.

